

+ 57

Martin Stuber
SVP
Berghaldenstr. 11
8272 Ermatingen

Markus Birk
SP
Hintergasse 49
8253
Diessenhofen

Brigitte Kaufmann
FDP
Emeligarten 16
8592 Uttwil

Peter Dransfeld
GP
Kirchgasse 10
8272 Ermatingen

Hans Feuz
Die Mitte
Zelgli 24
8595 Altnau

Parlamentarische Initiative

**Abschaffung der jährlich wiederkehrenden Verleihungsgebühren für
Bootsstationierungen gemäss §17 Abs 1, Ziffer 4 und 5 des
Wassernutzungsgesetzes**

EINGANG GR		
für		14. Sep. 2022
20	PI 6	382

Der Grosse Rat wird beauftragt, § 17 Abs 1, Ziff 4 und 5 des Wassernutzungsgesetzes (WNG) dahingehend zu ändern, dass für die Konzessionen für Bootsstationierungen keine jährlichen Verleihungsgebühren erhoben werden.

Begründung:

Die Gemeinden an Bodensee und Rhein erhalten vom Kanton Thurgau zeitlich befristete Konzessionen, auf der Wasserfläche von Bodensee und Rhein, Bootsstationierungseinrichtungen (Hafenanlagen, Steganlagen, Bojenfelder und Uferliegeplätze) erstellen und betreiben zu dürfen. Dafür wurde bis Ende 2017 jeweils bei der Erteilung oder Erneuerung dieser Konzessionen eine Verfahrensgebühr erhoben. Die Dauer dieser Konzessionen ist auf dem ganzen Gebiet des Kantons Thurgau unterschiedlich, das heisst sie beginnen und enden nicht in jeder Gemeinde zum gleichen Zeitpunkt und haben unterschiedliche Gültigkeitsdauern.

Im Rahmen einer Leistungsüberprüfung durch den Grossen Rat, im Jahre 2014 wurden verschiedene Möglichkeiten geprüft, wie der Kanton für den Finanzhaushalt der Staatskasse zusätzliche finanzielle Mittel generieren kann. Dies vor dem Hintergrund, dass damals von der grossen Mehrheit des Grossen Rates, aber insbesondere auch vom Regierungsrat, ein «strukturelles Defizit» der Staatsrechnung in den kommenden Jahren vorausgesagt wurde.

Ein Massnahmenpaket mit verschiedenen Teilbereichen wurde vor dem geschilderten Sachverhalt vom Grossen Rat praktisch oppositionslos verabschiedet

Unter anderem wurde **§17 des Wassernutzungsgesetzes** in Abs 1 um die Ziffern 4 und 5 erweitert, das heisst, die Konzessionen der Gemeinden sollten in Zukunft mit jährlichen Gebühren entschädigt werden. Die Einführung dieser neuen Verleihungsgebühren sollten so rasch als möglich erfolgen, um einen Beitrag zur Minderung der prognostizierten Defizite des Staatsfinanzhaushaltes zu leisten. Aus formaljuristischen Gründen ist aber die Erhebung dieser neuen Verleihungsgebühr bei den Gemeinden erst möglich, wenn die bestehenden aktuellen Konzessionen auslaufen.

Dies bedeutet konkret, dass z.B. in Berlingen seit 2016 jeder Bootsliegeplatzbesitzer nebst der ordentlichen, der Gemeinde geschuldeten Bootsliegeplatzgebühr (Spezialfinanzierung), auch noch zusätzlich die kantonale Verleihungsgebühr (z.B Bojenplatz Fr. 150.- pro Jahr) zu entrichten hat. Dagegen muss ein Bootsliegeplatzbesitzer in Horn dieselbe kantonale Verleihungsgebühr erst ab dem Jahr 2045 bezahlen. Das heisst, der Bootsliegeplatzbesitzer in Berlingen bezahlt für das gleiche Recht, einen konzessionierten Bootsliegeplatz auf dem See zu besitzen, Fr. 4'350 in die Staatskasse, bevor der Hafenplatzbesitzer in Horn auch nur

einen Franken für das selbe Recht bezahlen muss. Dies ist eine ausserordentlich stossende Ungleichbehandlung der betroffenen Bürger vor dem Gesetz, auch wenn sie formaljuristisch offenbar haltbar ist.

Gesamthaft sehen die bisherigen und kommenden Einnahmen*) des Kantons aus diesen neu eingeführten Verleihungsgebühren wie folgt aus:

Einnahmen 2016:	Fr. 7'050
Einnahmen 2021:	Fr. 223'658
Prognose Einnahmen 2022:	Fr. 247'151
Prognose Einnahmen 2030:	Fr. 289'589
Prognose Einnahmen 2040:	Fr. 1'034'231
Prognose Einnahmen 2046:	Fr. 1'067'066

*) Quelle: Kanton Thurgau AfU Abt. Gewässerqualität und Nutzung

Es ist eine Tatsache, dass die Abschlüsse der Staatsrechnung in den letzten Jahren herausragend waren (2020 und 2021 Rekordergebnisse) und damit wird offensichtlich, dass die bisher geleisteten Verleihungsgebühren der Bootsliegeplatzbesitzer bzw. der Gemeinden eine absolut unbedeutende Rolle im aktuellen Finanzhaushalt des Kantons Thurgau spielen. Aus heutiger Sicht kann festgestellt werden, dass die Einführung dieser zusätzlichen Gebühr unnötig war. Der Grosse Rat hat soeben den Staatssteuerfuss um 8% gesenkt, da ist es wirklich angezeigt, diese ungerechten Verleihungsgebühren, wieder abzuschaffen. Dies ist mit einer ersatzlosen Streichung von §17 Abs. 1 Ziff. 4 und 5 leicht zu erreichen. Ausserdem kann für §17 Abs 3 wieder die Fassung vom Wassernutzungsgesetz (Stand 1. August 2013) verwendet werden. Es müsste im WNG also nur ein einziger Artikel geändert werden.

Die Änderung des zu ändernden Wassernutzungsgesetzes könnte bereits auf 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt werden. Die Gemeinden und insbesondere die Bootsliegeplatz-besitzer, die seit 2016 schon Verleihungsgebühren bezahlt haben, würden dies sicher begrüssen und einen entsprechenden Beschluss des Grossen Rates als «Akt der Gerechtigkeit» empfinden.

Ermatingen, 12. September 2022



Martin Stuber SVP



Markus Birk SP



Brigitte Kaufmann FDP

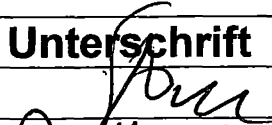
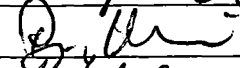
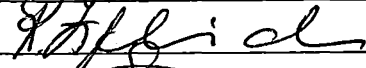



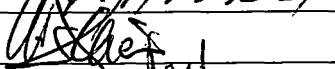
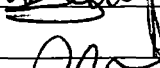



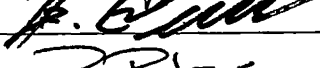
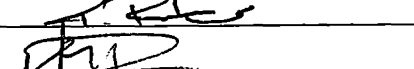

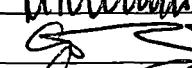
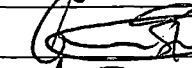
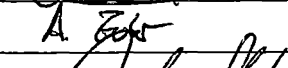
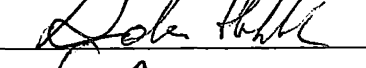


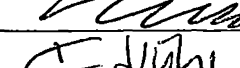
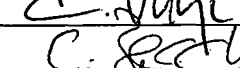

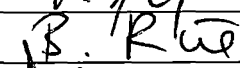
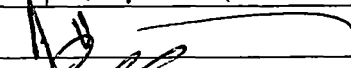

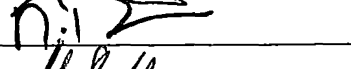
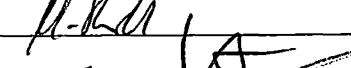
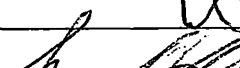
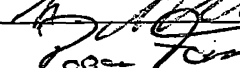

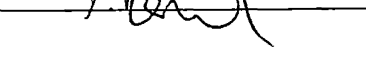





Peter Dransfeld Grüne

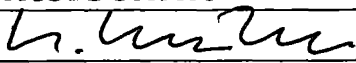




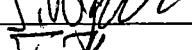
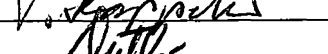
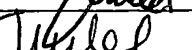
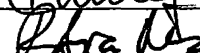

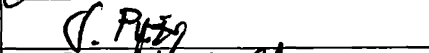


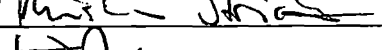
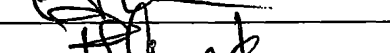
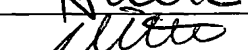


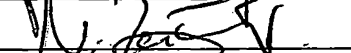

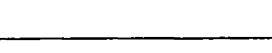
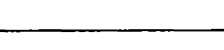


Hans Feuz Die Mitte

Parlamentarische Initiative – Abschaffung der jährlich wiederkehrenden Verleihungsgebühren für Bootsstationierungen gemäss §17 Abs 1, Ziff 4 und 54 des Wassernutzungsgesetzes WNG - Mitunterzeichner

	Name, Vorname (Blockschrift)	Unterschrift
1	Jobler Stephan	
2	Daniel Veltou	
3	ZBINDEN RUGDI	
4	Salvisberg Markiz	
5	Ricklin Judith	
6	Knöpfli Walter	
7	Arnold, Josef	
8	Schar MS	
9	Kun Peter	
10	Zellweger Melanie	
11	Bachmann Eveline	
12	Wattiner Ralph	
13	Eschenmoser Hans	
14	Peterz Jiriska	
15	Brühmann Zuchler Bg	
16	Ischaenen Valmar	
17	Martin Oliver	
18	Brühwiler Konrad	
19	Zuber Andreas	
20	Stokkelen Anders	
21	MALEDO. GABRIEL	
22	Waltner René	
23	Vögeli Max	
24	Vietz Christian	
25	Zechinel Cornelia	
26	Gschwend Viktor	
27	Ruedi Beat	
28	Opprecht Andreas	
29	Eugene Daniel	
30	Phifner Müll Martin	
31	Strahl Nicole	
32	Nüst Ivana	
33	Mactonia Lukal	
34	Ferrer Roger	
35	Reinhart Sandra	

Parlamentarische Initiative – Abschaffung der jährlich wiederkehrenden Verleihungsgebühren für Bootsstationierungen gemäss §17 Abs 1, Ziff 4 und 54 des Wassernutzungsgesetzes WNG - Mitunterzeichner

	Name, Vorname (Blockschrift)	Unterschrift
36	Müller, Mathis	
37	Weidenmann Simon	
38	Keller Ueli	
39	Rüegg, Jost	
40	Engeli Brigita	
41	Vogel Simon	
42	Kappeler Tom	
43	Bler Bülker	
44	Imhof Lilian	
45	Mert Petra	
46	Conhna Pasche	
47	PETER KÖSTIN OSBINA	
48	Marolf, Jürg	
49	Bär Rudolf	
50	Christian Stricker	
51	Rickenscher Eschbich	
52	Scheut Peter	
53	Witmer Pascal	
54	Haller Hansjörg	
55	Schrafer Jordan	
56	Zeitner Nicole	
57	Fisch Ueli	
58		
59		
60		
61		
62		
63		
64		
65		
66		
67		
68		
69		
70		